



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 11.05.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 19:29 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:29 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Haak
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 18:55 Uhr
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Klaus E. Hänsel	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:18 Uhr bis 19:20 Uhr
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:29 Uhr
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:56 Uhr
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin
Jannik Balint	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Tobias Teschner	Leiter FB Sicherheit
Simon Kuchta	Leiter FB Umwelt
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Rüdiger Franz	Amt. Leiter Abteilung Grünflächenpflege
Ronald Hirtz	Leiter Team Unter Naturschutzbehörde
Steffen Marx	Sachbearbeiter Landwirtschaft und Forsten
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Arian Michael Sudau	Sachkundiger Einwohner

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von **Herrn Raue** eröffnet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue sagte, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen sind:

TOP 6.2.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität

→ **Vorschlag: absetzen, da im BA zurückgezogen**

TOP 6.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung eines Hauses des Jugendrechts
Vorlage: VII/2023/05170

→ **Vorschlag: absetzen, da im BA zurückgezogen**

Frau Thomann bat darum, den Punkt Stellenausschreibung des Försters auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Raue sagte, dass entsprechende Fragen direkt zum Antrag 6.1 oder unter TOP Anfragen von Fraktionen und Stadträten gestellt werden können. Einen separaten Tagesordnungspunkt wird es nicht geben

Herr Rebenstorf ergänzte, dass es sich hier um keine dringliche Angelegenheit handelt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.04.2023
5. Beschlussvorlagen

- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung von Maßnahmen der Waldverjüngung im Stadtwald
Vorlage: VII/2023/05106
 - 6.2. Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2023/05353
 - 6.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2023/05451 **ABGESETZT**
 - 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung eines Hauses des Jugendrechts
Vorlage: VII/2023/05170 **ABGESETZT**
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Ergebnisse der Lärmkartierung 2022 für den Ballungsraum Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05599
 - 7.2. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05620
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Weihnachtsmarkt
Vorlage: VII/2023/05564
 - 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Projekt Trinkbrunnen für (H)alle
Vorlage: VII/2023/05579
- 9. Anregungen
 - 9.1. Frau Jacobi zum Steinweg
 - 9.2. Herr Aldag zum klimapolitischen Leitbild
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.04.2023
- 11. Beschlussvorlagen
 - 11.1. - Auswahlverfahren FB 37-Konz-01/2022 - Hier: Abschluss von Konzessionsverträgen gemäß § 12 Abs. 2 Satz 2 Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettdG LSA)
Vorlage: VII/2023/05439
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen

- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Nachwuchsleistungszentrum

Fragesteller 1 bezog sich auf das Nachwuchsleistungszentrum und berichtete, dass vor kurzem sechs Steinhügel errichtet wurden. Sie bat um nähere Informationen und ob diese Maßnahme auch durch Fluthilfemittel finanziert wird. Des Weiteren äußerte sie ihren Unmut über die gefällten Bäume vor dem Bau des Nachwuchsleistungszentrums.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Entscheidung über die Fällungen der Bäume ausgiebig im Stadtrat diskutiert wurde. Die Frage bezüglich der Steinhügel betrifft den Geschäftsbereich Kultur und Sport.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.04.2023

Es wurden keine Einwendungen zur öffentlichen Niederschrift vom 13. April 2023 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung von Maßnahmen der Waldverjüngung im Stadtwald Vorlage: VII/2023/05106

Auf Antrag der Stadträtin Frau Thomann wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Thomann

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte mich in meinen Ausführungen zu unserem Antrag am Anfang mal darauf konzentrieren, mich im Wesentlichen damit auseinander zu setzen, mit den ablehnenden Argumenten der Stadtverwaltung, die also in ihrer Ablehnungsbegründung gekommen sind. Ich gehe jetzt davon aus, dass über den Antrag, in den letzten Ausschusssitzungen, da wo ich leider aus Gesundheitsgründen fehlen musste, dass da schon

mehrfach drüber gesprochen worden ist und ich kann hinterher nochmal zusätzlich die Argumente für die Einbringung bringen.

Im Wesentlichen jetzt aber setze ich mich auseinander mit diesen ablehnenden Argumenten. Da geht es zum einen darum, dass die Stadtverwaltung sagte, dass man mit Naturverjüngung, vorrangiger Naturverjüngung die vorgeschriebenen und erwünschten Lebensraumtypen nicht erhalten kann. Ich denke, das ist insofern natürlich richtig, ich gehe aber davon aus, dass wir und das ist in unserem Antrag so, dass wir die Naturverjüngung selbstverständlich hauptsächlich auf kahlgeschlagener Flächen vorsehen, dass die Bearbeitung dort erfolgen soll und ich gehe mal davon aus und hoffe, dass dieser Kahlschlag definitiv nicht in den geschützten Naturbereichen der Dölauer Heide vorhanden sind, dass also dieses Argument „Erhalt der Lebensraumtypen“ im Zusammenhang mit unserem Antrag im Prinzip einfach nicht greift.

Ein zweites wichtiges Argument ist der angegebene erhöhte Pflegeaufwand bei der Naturverjüngung. Auch das ist ein Argument, das im Prinzip überhaupt nicht greifen kann, denn die Naturverjüngung ist im Prinzip nichts anderes, als eine vom Menschen etwas geschützte natürliche Sukzession, das heißt, bei einer forstlich erwünschte Naturverjüngung ist eine Pflege des aufkommenden Pflanzenbewuchses überhaupt nicht vorgesehen. Hier geht es wirklich darum, dass unter dem Schutz vor Verbiss im Prinzip die natürliche Pflanzengesellschaft, die auf der bestimmten Stelle vorhanden ist, dass die sich mehrere Jahre lang so lang entwickeln kann, dass entsprechend sich die notwendigen, oder die erforderlichen Pflanzen durchsetzen. Unbenommen ist dann eine spätere, also, wesentlich später Pflege beispielsweise, um durch Wert, Sachen dann im Prinzip noch forstlich nutzbares Holz herauszubekommen. Die Naturverjüngung an sich sieht definitiv überhaupt keinen Pflegeaufwand vor, sodass auch dieses Argument im Prinzip nicht greift.

Als drittes Argument wird die erforderliche Zäunung angegeben, diese Zäunung steht zwar natürlich im Zusammenhang mit der Naturverjüngung, aber wir müssen darauf hinweisen, dass auch jegliche Pflanzung unter unseren Bedingungen im Moment bei dem hohen Wildbestand in der Dölauer Heide und auch in anderen Gebieten im Prinzip eine Zäunung erfordert, sodass die Zäunung im Prinzip zwar notwendig ist, aber selbstverständlich keine Zusatzmaßnahme ist für die Naturverjüngung, sondern die muss bei der Begründung eines Fortbestandes auf jeden Fall immer gemacht werden.

Dann haben wir noch die Probleme mit der Saat. Die Verwaltung weist hier darauf hin, dass also ein entsprechender Saatversuch bereits gemacht worden ist und dass hier nur 50 Prozent der ausgesäten Eicheln im Prinzip aufgegangen sind. Dazu müssen wir sagen, dass diese 50 Prozent, die die Stadtverwaltung als negativ bewertet, eigentlich ein sehr gutes Ergebnis ist, schon im allgemeinen und natürlich unter den Witterungsbedingungen der letzten Jahre erst recht. Und wir müssen davon ausgehen, dass selbst bei einer Pflanzung die Erfolgsquote nicht wesentlich höher sein würde, sodass im Prinzip, das, was die Verwaltung hier jetzt als negativ berechnet, eigentlich ein gutes Ergebnis ist, zu dem wir uns eigentlich beglückwünschen können. Die Ablehnung der Saatgutgewinnung, dazu kann ich nur sagen, dass mir vor nicht allzu langer Zeit ein Förster klipp und klar gesagt hat, unter den gegebenen Bedingungen ist die Saatgutgewinnung eine Lizenz zum Gelddrucken. Darüber hinaus ist klar, dass die Saatgutgewinnung nicht wie angenommen erheblichen Maschinen oder sonstigen Aufwand erfordert, sondern es würde reichen, unter den entsprechenden fruktifizierenden Bäume Netze auszuspannen und die dann nach der entsprechenden Zeit einzusammeln und dieses gesammelte Gut, der Saatgut zuzuführen und das dann aufarbeitet und als brauchbares Saatgut praktisch an die Stadt zurückliefern würde.

Ich möchte jetzt hier zum Abschluss noch kurz sagen, dass also dieser Fakten und Meinungen, die ich hier wiedergegeben haben, nicht aus meinen Fingern ausgesaugt worden sind, sondern ich habe mit mehreren aktiven Forstwirten gesprochen, habe diese Probleme diskutiert und darüber hinaus möchte ich auch darauf verweisen, dass ich aus früheren Tätigkeiten, nämlich als die Landesverwaltung die Leitlinien Wald arbeitet hat, seit den 90er Jahren, dass ich damals vom Landtag aus, mich sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt habe, von daher auch entsprechende Fachkenntnisse habe, die sich jetzt in den Gesprächen, in den Konsultationen mit den aktiven Forstwirten im Prinzip mir bestätigt worden sind.

Jetzt noch mal zu der eigentlichen Intention unseres Antrages. Wir haben nur mit vielen Möglichkeiten und Hängepartien im Prinzip unserer Forsteinrichtung erhalten und wenn wir uns diese Forsteinrichtung anschauen und genau hinschauen, was an Arbeiten in unserem Wald und Wäldern Dölauer Heide und den anderen Waldbeständen notwendig ist, dann müssen wir klipp und klar sagen, wir haben auf absehbare Zeit in den nächsten Jahren definitiv das Geld nicht, um wie auch gesetzlich vorgesehen, alle Arbeiten zu dieser Forsteinrichtung im Prinzip durchzuführen und unser Antrag ist jetzt im Prinzip ein Vorschlag, wie wir mit relativ wenig Geld möglichst große Flächen, der jetzt in der Heide schon kahl gefallen Flächen im Prinzip in einen Zustand versetzen, der für die nächsten Jahre und die folgende Zukunft im Prinzip die Begründung von Forst- und Baumbeständen möglich macht, in möglichst großer Breite möglich macht, die also zur, auch unter schlechteren klimatischen Bedingungen, zur Sauerstoffgewinnung und ja, im Prinzip möglich sind. Wir sehen auf jeden Fall eine Möglichkeit, mit diesen neueren Methoden der Begründung von Forstbeständen mit weniger Geld wesentlich größere Flächen bearbeiten zu können und wesentlich mehr insgesamt zu erreichen, vor allem auch stabilere Bestände zu erreichen, weil hier definitiv die Natur die führende Hand ist, sodass wir insgesamt für die Bewirtschaftung unserer Wälder hier positive Sachen erreichen.

Und wir haben das auf die nächsten drei Jahre im Prinzip begrenzt. Da ist der Hintergrundgedanke schon dabei, dass bei der Begründung des Forstamtes, beziehungsweise der Einstellung eines Försters für die Stadt, dieser genügend Zeitraum und Gelegenheit hat, um sich auf die entsprechenden Bedingungen hier in unserer Stadt und auf die entsprechend verschlechternden Klimabedingungen einzustellen und sich auch entsprechend in der Umgebung, sagen wir mal, die entsprechenden fachlichen Neuigkeiten so einbeziehen, weil es ist ja so, dass im Bereich der Forstwirtschaft im Moment schlicht und einfach die Diskussion läuft und laufen muss, wie wir mit unseren Wäldern und Forsten im Zuge des wirklich akuten Klimawandels umgehen. Und deshalb ist unser Vorschlag im Prinzip eine möglichst kostengünstige Lösung, um den derzeitigen herrschenden Probleme im Prinzip ein positives Ergebnis abzurufen. Danke.

Herr Raue

Okay, Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Dankeschön. Ja, ich habe eine Anmerkung und eine Nachfrage nochmal dazu, also, eine Anmerkung an die Stadtverwaltung oder auch an die Anderen. Es ist ja so, dass quasi der Antrag, das, was hier gefordert wird, die kahl gefallen Flächen innerhalb von drei Jahren aufzuforsten ist, das ist halt gesetzlich vorgeschrieben, also, die Stadt als Waldeigentümer ist dazu gesetzlich verpflichtet. Deswegen meine Frage auch, die an beide Seiten gehen, erst einmal die Antragsteller und aber auch an die Stadtverwaltung: Im Antrag wird ja gefordert, dass ausschließlich nährstoffarme Flächen aufgeforstet werden, das sind 11 Prozent unserer städtischen Waldflächen. Und da frage ich mich, was soll mit den nährstoffreichen Flächen, die kahl gefallen sind, passieren?

Herr Raue

Ich lasse das mal direkt beantworten, wenn Frau Thomann möchte.

Frau Thomann

Also, der Begriff Nährstoffarm ist deshalb hier drin gekommen, weil wir in der Dölauer Heide, als stadtnahes Waldgebiet, das Problem haben, das war doch immer noch erhebliche Stickstoffeinträge haben und dass sich das an bestimmten Stellen dadurch manifestiert, auf diesen Kahlfeldern, die Schneebeere hochkommt, das ist ein Novum in unsere Heide. In anderen Wäldern spielt die Schneebeere überhaupt kein Rolle, hier wird sie aber von den Fachleuten auch als Problem erkannt, sodass wir davon ausgehen, dass in dem Moment auf diesen nährstoffreicheren Sachen, wo sich die Schneebeere andeutet, würde ich es also beispielsweise nicht versuchen mit Naturverjüngung, weil da hauptsächlich die Schneebeere kommen würde, sodass wir konkret sagen, da wo es nährstoffärmer ist, wo die Schneebeere keine Rolle spielt, genau auf diesen Flächen sollte das halt probiert werden und nicht die dann problematischer sind, durch den hohen Stickstoffeintrag.

Herr Raue

Okay, hätte ich jetzt vielleicht noch eine Frage an die Stadtverwaltung, weil ja Frau Thomann nun mehr oder weniger eine klassische Gegenrede gehalten hat zur Bewertung der Stadtverwaltung, insbesondere was die Pflege betrifft, den Pflegeaufwand betrifft. Da hätte ich noch gerne nochmal eine Einschätzung und dann mal eine Frage, hatte ich schon das letzte Mal gestellt, der Baum Robinie ist ja meines Wissens auch so eine invasive Art, zumindest gehört sie hier so nicht her und die breitet sich ja in der Heide sehr stark aus. Wie kann man das denn in Griff kriegen, wenn man jetzt diese Naturverjüngung so forciert, wie das jetzt hier im Antrag gewünscht ist ja?

Herr Kuchta

Ja, vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Thomann, wir haben uns das so vorgestellt, dass ich hier ein paar einleitende Worte zu Ihrem Antrag hier ausführe und wir haben viele Experten hinten sitzen, die auf die detaillierten Einzelfragen eingehen können. Die schriftliche Stellungnahme liegt Ihnen ja bereits vor, insofern würde ich die jetzt nur mal am Rande behandeln. Sie beziehen Ihren Antrag auf die Planung der Forsteinrichtung 2020 bis 2029. Richtig daran ist, dass dort pro Jahr 17 Hektar für Walderneuerungsmaßnahmen vorgesehen sind, hauptsächlich dafür für Neuaufforstung und Wiederaufforsten, mit jeweils circa sechs Hektar und für die Naturverjüngung sind circa zwei Hektar vorgesehen ist. Jetzt ist es wichtig, diese Begrifflichkeiten sich nochmal zu vergegenwärtigen, also Wiederaufforstung oder Aufforstung an sich erfordert aktives Tun, Naturverjüngung im klassischen Sinne, wie es hoffentlich auch bei Ihnen gemeint ist, vielleicht müssen wir darüber nochmal sprechen, heißt, der Natur überlassen, spricht gar nichts tun, also, wenn man ketzerisch wäre, müsste man hinterfragen, ob wir mangels personeller Ressourcen, Finanzen nicht sogar zu viel Waldverjüngung gerade machen, aber ja, insofern ist das ein bisschen widersprüchlich, wie Sie es begründen. Dass Naturverjüngung punktuell sinnvoll und ein wichtiges Instrument der Walderneuerung sind, das steht, glaube ich, außer Frage, das werden die Kollegen dann auch noch bestätigen. Aber insbesondere in den festgesetzten Flächen mit karierten Lebensraumtypen ist sie eher kontraproduktiv, was Sie aber auch, glaube ich, soweit auch schon ausgeführt haben,

Ja, Finanzmittel ist natürlich immer ein Totschlagargument, deswegen habe ich zwei Zahlen noch mitgebracht, die das Ganze vielleicht vergegenwärtigen. Der gewünschte Zaun, den Sie da um diese Waldverjüngungsflächen ziehen möchten, auch ein grundsätzlich sinnvolles Anliegen, kostet reine Materialkosten circa 4.000 Euro pro Kilometer. Haushalt 2023 habe es heute nochmal herausgesucht, die Kostenstelle Unterhaltung Stadtwald/Grünanlagen und Friedhöfe alles zusammen, alle Sachkosten und Dienstleistungen im laufenden Jahr, dafür haben wir ein Etat von 63.000 Euro, davon müssen sämtliche Pflanzen, Zaunmaterialien, defekte Zäune usw. reparieren, das heißt, es ist schlicht unmöglich und völlig utopisch aus dem laufenden Haushalt diesen Zaun zu ziehen.

Ein weiterer Punkt ist, dass Sie das Ganze als vorrangig bezeichnen und vorrangig heißt für mich letztendlich, dass im Zweifel die Finanzmittel dann eben vorrangig für die Waldverjüngung eingesetzt werden müssten, was allein schon widersprüchlich ist, weil wir, also, in den ausgewiesenen Gebieten, wo die Lebensraumtypen im Vordergrund stehen, das ist eine reine Pflichtaufgabe der Verwaltung, diese zu erhalten und zu fördern, das heißt, wenn wir vorrangig die Waldverjüngung betreiben, könnten wir unter Umständen, kann ich zumindest nicht ausschließen, dass wir Pflichtaufgaben nicht werden erfüllen können, insofern auch das, ist ein Stück weit ein Widerspruch.

Und meine Ausführungen möchte ich abschließend mit der Stellungnahme des Waldbeirates vom 6.10.2022, der damals schon eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel und der personellen Ausstattung in der Stadtverwaltung gefordert hat, um die Vorgaben der Forsteinrichtung erfüllen zu können, da schließt sich ja schon wieder der Kreis. Diesem Appell kann ich mich nur anschließen, stehe selbstverständlich mit meinen Kollegen für konstruktive Gespräche zur Verfügung, auch für sachliche Kritik und auch Anregungen greifen wir gerne auf, aber an der Stelle können wir uns diesen Antrag einfach nicht anschließend, aus den gegebenen Gründen.

Herr Raue

Okay, Herr Menke.

Herr Menke

Ja, vielleicht dazu Herr Kuchta, also, Naturverjüngung bedeutet in der Forstwirtschaft, dass man gar nichts tut, sondern für eine erfolgreiche Naturverjüngung ist es erforderlich, dass man bestimmte Maßnahmen ergreift, damit das überhaupt gelingen kann, also, gar nichts tun und nur der Natur freien Lauf lassen ist nicht die korrekte Definition für Naturverjüngung. Aber warum ich mich gemeldet hatte, war eigentlich im Anschluss an den Beitrag von Frau Jacobi; hatte das so angedeutet, weil sie ja gesagt hat, es gibt eine gesetzliche Verpflichtung zu Wiederaufforstung, da stand für mich zwischen den Zeilen, verstößt da die Stadt gegen diese gesetzliche Verpflichtung zur Aufforstung zurzeit oder nicht?

Herr Raue

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Wir würden jetzt mal die Kollegen bitten, Herr Hirtz, würden Sie mal zu dem, was eben vorgebracht wurde, ausführen und die fachliche Sicht mit einspielen. Danke.

Herr Hirtz

Guten Tag, ich kann aus naturschutzrechtlicher Sicht natürlich was dazu sagen und zu der Verpflichtung, wie mit den FFH-Lebensraumtypen umzugehen ist und wir sprechen ja in der Dölauer Heide natürlich vor allen Dingen von Eichenlebensraumtypen und da wird es mit Naturverjüngung in der Tat nicht gehen, da müssen wir aktiv aufforsten, sonst werden wir die Eichen verlieren, das wird ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben. Wir sehen stehen da als Land Sachsen-Anhalt ohnehin schon im Fokus, weil die eine oder andere Regelung erstens nicht korrekt in nationales Recht umgesetzt worden ist und zweitens sich die Lebensraumtypen zum Teil auch nicht in einem guten Erhalt befinden, insofern werden wir dort auf jeden Fall aktiv tätig sein müssen, das betrifft die Eichenlebensraumtypen.

Ansonsten gibt es natürlich in der Dölauer Heide und auch in anderen Waldflächen durchaus die Möglichkeit Naturverjüngung zu betreiben, da haben wir hinten die Fachleute aus dem Team Forsten sitzen, die können das ein bisschen genauer ausführen, als ich. Da, wo also die FFH-Lebensraumtypen nicht betroffen sind, besteht grundsätzlich durchaus die Möglichkeit, da gibt es aus naturschutzrechtlicher Sicht auch keine Probleme das zu tun, das scheidet eher an anderen Problemen.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Herr Hirtz. Herr Menke.

Herr Menke

Das hat jetzt mal eine Frage meiner Meinung nach nicht beantwortet. Ich wollte nur wissen, ob es jetzt eine gesetzliche Verpflichtung zu Wiederaufforstung gibt, gegen die die Stadt gerade verstößt, oder ob es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, gegen die die Stadt verstößt, also, mir kommt auf den Verstoß an. Ist alles im grünen Bereich, oder sind wir im roten Bereich, oder im gelbroten Bereich, oder wo befinden wir uns gerade?

Herr Raue

Herr Hirtz, fühlen Sie sich in der Lage, die Frage zu beantworten?

Herr Hirtz

Die Frage würde ich lieber an die Experten aus dem Bereich Forsten abgeben.

Herr Rebenstorf

Herr Marx dann.

Herr Marx

Ich bin der Herr Marx, ich bin die untere Forstbehörde dieser Stadt. Also, gesetzliche Verpflichtungen setzt natürlich erstmal voraus, dass man die Definition dazu kennt, im Gesetz steht drin, dass ein Kahlschlag, oder ein Waldschaden innerhalb von drei Jahren wieder aufzuforsten ist, wenn die Bestockung unter 0,4 der vorherigen Bestockung gefallen ist. Das ist im Einzelfall natürlich nicht ganz einfach festzustellen, ich glaube, im Regelfall redet man von Kahlschlägen, wie sie gerade hier und gebraucht werden, von Flächen, die völlig geräumt worden sind. Dort kenne ich eine Fläche, die überschritten worden ist, die befindet sich allerdings nicht nur in der Dölauer Heide, dort ist es bis jetzt eigentlich regelgerecht abgelaufen. Es sind einige Flächen dabei, oder viele Flächen dabei, die durch die Aufforstung eine starke Absenkung des Holzvorrates gehabt haben. Inwieweit die jetzt unter die 0,4 fallen, kann ich jetzt im Einzelfall nicht bestätigen, weil das müsste man genauer erfassen, dazu liegt augenblicklich noch nichts vor.

Es ist so, dass die Flächen, die komplett beräumt worden sind, in den letzten Jahren, das sind in der Dölauer Heide etwa 29 Hektar, sind mittlerweile auch alle wieder aufgeforstet. Manche kennen das, ob die im Einzelfall erfolgreich sein werden, das wird erst die Zeit erweisen, aber bis jetzt sind in den letzten Jahren, in den letzten 10 Jahren, 29 Hektar aufgeforstet worden. In den meisten Fällen sind das Schadensflächen gewesen aus dem Sturm 2015, dann von Friederike 2017 sind noch einige Flächen schon gewesen, die aufgeforstet worden sind und jetzt eben neuerdings die Trockenheitsschäden. Die Trockenheitsschäden sind zum Teil vollständig beräumt worden, aber sind noch weite Teile nur die toten Bäume entfernt worden, also, sprich die Kiefern, teilweise auch die Eichen, damit hat es in den letzten noch nicht so ganz angefangen. Die Bischofswiese kennt vielleicht jeder vom Ansehen, da stehen noch ganz viele Eichen, die beräumungswürdig sind, aber dort ist es natürlich ganz besonders heikel, weil diese Flächen, die naturschutzfachlich gesehen, hochwertigsten Flächen sind und der Umgang mit diesen Flächen schon rein fachlich nicht ganz einfach ist.

Also, wir hatten in den letzten Jahren mehrere Treffen dort oben zum Umgang mit diesen Flächen. Es werden wahrscheinlich, das kann ich jetzt nicht genau sagen, wie die Planungen sind, Aktivitäten in den nächsten Jahren erfolgen, aber sie werden punktuell sein. Es wird also kaum der Fall sein, dass die Bischofswiese oben beräumt werden wird, aber das ist ja für uns jetzt erstmal die kritischste Ecke. Die anderen Flächen kennen sie ja alle, das sind meistens, dass Kiefern beräumt wurden und die sind nicht alle unter 0,4 gefallen, weil die oft Mischkulturen waren und dort läuft auch, wenn man vor Ort geht, eine ganze Reihe Naturverjüngung wirklich von selbst wieder, also, die sind nicht gezäunt, wenn man jetzt gerade durch die Dölauer Heide läuft, sieht man an vielen Stellen Nachwuchs kommen, der ganz von selbst kommt, ist nicht in jedem Falle das, was der Förster will, auch nicht in jedem Falle das was erstrebenswerte des Naturschutzes ist. Wir haben manche fremdländischen Baumarten, Traubenkirsche, die kommen wird. Natürlich vorrangig die Schneebeere, die ist flächendeckend. Wir haben einen großen Teil der Flächen, wird durch die Schneebeere kommen.

Und in diesem Zusammenhang will ich noch mal auf Ihre, ich glaube, auf den Kahlschlägen, die Sie jetzt meinen, die wirklich vollständig beräumt werden, ist eine Naturführung schlicht und einfach unmöglich. Diese Flächen wird die Schneebeere holen und die Brombeere holen und viele andere Sträucher, die deutlich schneller wachsen, als Jungbäume. Und die werden, wahrscheinlich setzen sie sich irgendwann mal Jungbäume durch, aber das sind Zeitabläufe, die eher so um 20/30 Jahre Bereich zu finden sind, aber in den ersten Jahren werden diese Flächen vollständig von Sträuchern überdeckt werden und das wäre jetzt die Frage, ob das das Ziel ist, wenn wir ganze Flächen verlieren an die Schneebeere. Dort läuft, dort ist gerade der Managementplan für die FFH-Fläche durchgelaufen, wo die Schneebeere absolut kein Ziel ist zur Entwicklung und wir sind eben der Meinung, dass man auf diesen Flächen aktiv eingreifen muss und dort die Verjüngung durch Wiederaufforstung steuern muss und nicht nur ganz alleine lassen. Das wird auf weiten Teilen von ganz alleine laufen, schon kapazitätsmäßig, weil so viele Flächen bearbeitet worden sind, die kann niemand flächendeckend einzäunen und aufforsten, das geht weder finanziell noch von der Kapazität. Ist also ein bisschen eine Entwicklungsfläche, sag mal.

Und jetzt wieder zurück zur Frage, ob wir die drei Jahre verletzten, also sagen wir mal so, ich bin jetzt die Forstbehörde und nicht die Waldbewirtschafter, aber ich könnte es auf den Ruck nicht ausschließen, dass es an der einen oder anderen Stelle so sein wird, dass wenn man diese 0,4 als Kriterium anlegt, dass dann an vielen Stellen der Fall sein wird, oder kann.

Herr Raue

Herr Menke.

Herr Menke

Ja, so hatte ich das am Anfang auch schon verstanden, dass sie das nicht ausschließen können mangels ausreichender... (*unverständlich*)

Herr Raue

Gut, okay, dann Herr Krause und dann nochmal Frau Thomann und Frau Krimmling-Schoeffler. Herr Krause.

Herr Krause

Da würde mich mal interessieren, sehen sie da eigentlich dann Änderungsbedarf, was diesen Waldbewirtschaftungsplan vorsieht, der ist quasi vor 2, 3 Jahren quasi entwickelt wurden. Vor einem Jahr oder vor zwei Jahren ist er aktualisiert worden und wir haben ja eine veränderte, ich sage mal, Situationen, die Sie kurz beschrieben haben und der müsste ja dann, wie wird denn dieser Bewirtschaftungsplan dann nachgeschärft, wenn sich die Umweltbedingungen so dynamisch verändern, oder wie angesprochen das Geld nicht da ist für die Einzäunung etc.?

Ich habe herausgehört, eine hybride Verfahrensweise, die wenig Geld kostet, aber die Frage ist, mit Ausgang und Ziel.

Herr Marx

Zum Waldbewirtschaftungsplan: Der ist ja Stichtag 2020 erstellt worden, der kam ein bisschen später. Der Kostenpunkt dieses Plans war, ich weiß nicht genau, aber so um die 40.000 Euro, oder vielleicht sogar etwas mehr. Ist also schon eine Stange Geld. Wenn ich diesen Plan anfassen will, wir könnten das nicht, weil diese Auffassung des kompletten Waldbestandes, der ja dahintersteht, wäre eine Aufgabe wieder vom selben Aufwand, die der Forsteinrichter damals erstellt hat und wird deshalb üblicherweise nur alle zehn Jahre durchgeführt im Wald und genau das aus diesem Grund. Ich glaube, es gibt eigentlich keinen Forstplan, der so, der nicht irgendwann von der Realität irgendwann mal an der einen oder anderen Stelle überholt worden ist. In dieser Einrichtungsperiode vielleicht etwas massiv. Die Frage ist durchaus berechtigt, ob man diese Erfassung nochmal neu machen möchte, aber, jetzt ist es meine persönliche Meinung, ich würde das nicht machen, weil dieses Geld, was dafür auch notwendig ist, würde ich persönlich lieber in der Aufforstung von Flächen stecken, die konkret vor Ort etwas verändern, als dass ich viel Geld für einen Plan hergeben, der mir erzählt, dass der Wald geschädigt ist. Das wissen wir eigentlich, glaube ich, auch ohne den Plan, auch wenn wir die genauen Zahlen vielleicht nicht kennen.

Herr Raue

Okay vielen Dank.

Herr Krause

Vielleicht noch kurz ergänzend. Nein, mir ging es nicht darum, dass man unnötiges Geld ausgibt, sondern letztendlich ist die Frage der Zielstellungen, die man jetzt, ob man das dokumentiert, mit Aufnahme oder nicht, indem man Rechnung trägt, gegebenenfalls dort zu modifizieren, bevor man, ohne dass man einen neuen Plan aufsetzt. Also, das ist der Hintergrund, ein Stück weit. Also, auch von den Lebensraumtypen etc., vielleicht wird sich eine Dynamik dort herausbilden, die dieser Plan nicht abbildet und dem muss man dann operativ Rechnung tragen.

Herr Marx

Das ist schon aktuell laufend der Fall. Die meisten Neuaufforstungen und Wiederaufforstungen, die passiert sind, sind auf Waldschadensflächen passiert, also, die entsprechen nicht den Flächen, die der Forsteinrichtungsplan vorgesehen hat, weil dort Flächen der Endnutzung hätten unterlegen, also, sprich, man hätte dort das Holz geerntet und wieder aufgeforstet. Das ist ja die Zahl, die in der Forsteinrichtung hauptsächlich steht. Tatsächlich sind viele Flächen von unseren Wirtschaftlern beräumt worden, die den Schäden unterlegen haben, also, sprich junge Bäume, das sind meistens Kiefernflächen manchmal gewesen, die gar nicht so alt sind, die erst 30, 40 Jahre alt sind, die sprich in der Endnutzung noch lange nicht da gewesen sind und die sind jetzt schon wieder aufgeforstet worden. Ich denke mal diese Anpassung an die realen Gegebenheiten, ist mittlerweile ja schon durchaus zwei bis drei Jahre Realität.

Herr Raue

Okay, Frau Thomann, danach Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja? Danke. Ich habe nur kleine Fragen. Ich hatte beim letzten und vorletzten Mal schon die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob irgendwie Freiwilligendienste sozusagen helfen könnten, also, FSJ oder Bundesfreiwilligendienst bei der Bearbeitung, die in der Heide vorliegt. Vielleicht könnten Sie da auch was dazu sagen, ob sowas möglich ist, relativ kurzes Anlernen.

Dann haben Sie ja klipp und klar geschrieben in der Stellungnahme, dass eine eigene Anschaffung von Maschinen für Ausbringung und Sammlungen überhaupt nicht wirtschaftlich wäre und auch nicht sinnvoll, dass wir das Geld sozusagen woanders lieber reinstecken sollten. Da ist jetzt die Frage, gibt es dann Kooperationen mit anderen, oder brauchen wir es schlicht nicht? Und dann hätte ich noch die Frage, uns eint ja hier alle, dass wir sozusagen den Zustand der Heide erhalten wollen, beziehungsweise wieder aufbessern wollen. Und die Frage wäre jetzt ganz konkret, was würde denn helfen, also, was würde Ihnen denn helfen, dass das schnellstmöglich passiert, beziehungsweise die Aufgaben, die Sie vorhaben, also, die 6,7 Hektar, die da immer wieder neu gemacht werden sollten, dass wir dann auch zu diesem Ziel kommen?

Herr Marx

Na ja, grundsätzlich ist es, glaube ich, wie in jedem anderen Fach auch, Fachleute sind immer besser geeignet, die, die das kennen. Forstwirtschaft ist nicht umsonst ein Lehrberuf, der durchaus anspruchsvoll ist. Eine Anlernung von Freiwilligen, wir hatten es ja besprochen, es wäre nicht ganz auszuschließen, aber, ich glaube, die Sicherstellung von den Pflegemaßnahmen über angelernte Kräfte ist echt schwierig, weil das ist eine sehr langfristige Arbeit, die über mehrere Jahre laufen muss. Die Leute müssen in der Lage sein auch selbständig zu arbeiten, also, selbständig diese Arbeiten zu erkennen, weil ansonsten müssten die Forstarbeiter, oder die Forstleute dort als Lehrmeister mit agieren und natürlich ist es zum Teil technisch anspruchsvoll. Die Technik in Forst ist nun mal schon wegen der geringen Arbeitskraftausstattung ziemlich groß, auch nicht ganz ungefährlich. Ich sage mal so, es ist ein schwieriges Feld, also, wenn es wirklich jemanden gäbe, der dort diesen Anforderungen entspricht, kann man sicherlich, oder würden unsere Forstleute das bestimmt nicht ablehnen, aber auch die Anforderungen an diese Leute sind schon nicht ganz ohne, also, es kann nicht einfach, jemand, der sich selber berufen fühlt, ich mache das mal, der muss die Arten auseinanderhalten können.

Zum Saatgut: die Saatgutgewinnung erstmal, wir reden gerade von Eichen. Eichen fruktifizieren nicht in jedem Jahr. Man sagt so, dass so aller vier bis fünf Jahre ein sogenanntes Mastjahr ist und derzeit liegt das Zeug eigentlich herum, deswegen gibt es ja spezialisierte Saatgutbetriebe, die das machen, aber der Hauptgrund ist eigentlich ein anderer. Wir sind in einem FFH-Gebiet und wir sind eigentlich angehalten für diese Pflanzwaren zertifiziertes Saatgut zu benutzen. Es gibt ja durchaus forstwirtschaftliche Untersuchungen. Ich hatte das Vergnügen vor kurzem an einer Veranstaltung teilzunehmen, die auch über die Pflanzqualitäten sich der Pflanzenware ausgelassen haben, welche Pflanzware am ehesten geeignet ist, den zukünftigen Anforderungen standzuhalten. Und da kam eigentlich heraus, für mich auch persönlich etwas überraschend, dass die geeignetste Pflanzenware aus Saatgutbeständen kommt, die wirklich professionell angelegt werden. Die weisen die größte genetische Vielfalt auf, sind damit eigentlich am ehesten geeignet Umweltbedingungen standzuhalten, die wir nicht kennen, wir wissen also nicht, was kommen wird und vielfältige Baumarten können das am ehesten und sodass eigentlich die Nutzung dieser von der Forstwissenschaft und auch von den oberen Behörden zertifizierte Saatgutbestände, die dafür ausgewählt werden, ob diese Bäume geeignet sind als Saatgutspende, ob sie geprüft sind, ob sie geeignet von der Wuchsform, Wuchsleistung her, ich glaube nicht, dass wir das in Halle bewältigen können diese technische Aufgabe und auch nicht die wissenschaftliche Aufgabe und so würde ich eigentlich immer lieber auf diese Forstware tendieren, die in der entsprechenden Empfehlungen dargelegt werden, sprich, die aus dem Fachhandel kommen.

Herr Raue

So Frau Thomann und dann Herr Menke.

Frau Thomann

So, also, für mich hat sich jetzt im Prinzip aus allen Ausführungen ergeben, dass wir natürlich mit unserem Wald, unserem Forst in einem Dilemma stecken, offenkundigen Dilemma, dass wir Aufgaben haben mit Aufforstungen allem Drum und Dran, die wir mit den finanziellen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, schlicht und einfach nicht lösen können und wenn wir feststellen, dass wir also nur begrenzte Mittel, beispielsweise für Einzäunung, haben, dann können wir natürlich mit einer Einzäunung eine Naturverjüngung sichert, wesentlich mehr erreichen, als wenn wir eine Einzäunung machen müssen, in der wir pflanzen, beziehungsweise wir pflanzen und müssen dann hinterher doch einzäunen, denn ich halte es für, ich glaube, da habe ich recht, ich halte es für ziemlich illusorisch, das wir den Wildbestand in der Dölauer Heide so weit unterdrücken können, durch Jagd, dass, also, das nicht zu Verbissschäden kommt. Das heißt, die Frage ist wirklich mit den, wie setzen wir die geringen Mittel ein, auf möglichst großer Fläche, mit dem Ziel der Naturverjüngung, oder aber pflanzen wir und das ist ja für mittlerweile auch unter Forstwirten eine fragwürdige Sache, pflanzen wir auf einer Fläche 10.000 Bäume, von denen hinterher 8.000 wieder umhauen, oder lassen wir die Natur entsprechend arbeite.

Und zum Saatgut, Herr Marx, möchte ich noch mal konkret was sagen. Natürlich ist das zertifizierte Saatgut bei den Förstern sehr beliebt, aber wir sind nicht gezwungen zertifiziertes Saatgut einzusetzen, wir können auf unseren Flächen, vor allem, weil es hier ja hauptsächlich um die Eichen geht, können wir natürlich selbst gewonnenes Saatgut einsetzen und ich verhehle nicht, dass ich hier ganz konkret einen konkreten Eichenbestand auf unserer Fläche im Auge habe, das ist der Bestand an der sogenannten Kompottsiedlung. Dieser Bestand ist gesät worden, im Gegensatz zu früheren fürstlichen sonstigen Verfahren, ist dieser Bestand gesät worden und ist hinterher im Prinzip nie forstfachlichen in irgendeiner Form bearbeitet worden. Das heißt, dort stehen Eichenbäume, die sich ganz natürlich durchgesetzt haben, die eine, aufgrund dieser praktisch nicht durch den Menschen behüteten Aufwuchs, mit Sicherheit eine wesentlich höhere genetische Variabilität haben und die sich vor allem schon durchgesetzt haben unter den beginnenden Anzeichen der Klimakrise, also, dass es wärmer werden Wetters. Diese Bäume werden in den nächsten Jahren in die Fruktifikation kommen und das wäre für uns eine absolute lohnende Angelegenheit aus diesem Bestand, der also schon entsprechend angepasst ist, Saatgut zu gewinnen, um hier auf unseren Flächen weiterzuarbeiten. Und der Aufwand dann dort Saatgut zu gewinnen für unsere eigenen Flächen, der ist definitiv nicht so groß, dass wir uns nicht mit solchen Sachen und Fragen beschäftigen sollten. Das ist aber ein, wie gesagt, ein Nebenproblem, aber meiner Meinung nach, ein ganz Wichtiges, wenn wir beispielsweise diese wichtigen Eichenraum-/Lebensraumtypen erhalten wollen, dann wäre es schon sinnvoll auf diesen Bestand, auf das Saatgut da zurückzugreifen und sich mit der Gewinnung in der Zukunft zu beschäftigen. Und ansonsten bin ich, sage ich halt nochmal, unser Antrag zielt darauf, die geringen Mittel, die wir haben, die wir einsetzen können so einzusetzen, dass wir möglichst große Flächen für die Zukunft wieder mit einer Waldbestockung haben und dadurch im Prinzip die Heide als Sauerstofffluge unserer Stadt möglichst mit hohem Pflanzenbewuchs, Baumbewuchs zu erhalten.

Herr Raue

Herr Menke.

Herr Menke

Ja, ich habe noch eine Nachfrage. Wir kämpfen ja hier im Stadtrat um jeden einzelnen Baum, der in der Stadt gefällt wird und in der Dölauer Heide scheinen ja 10.000 von Bäumen zu verrecken und wir haben nicht das Geld, um wieder aufzuforsten. Da wird immer gesagt, wir haben kein Geld, wir haben kein Geld. Ich hatte gerade den Gedanken, haben Sie als untere Forstbehörde mal bei der Aufstellung des Haushaltes versucht, so viel Geld zu bekommen, wie Sie eigentlich benötigen und konnten sich damit durchsetzen?

Herr Rebenstorf

Doch Herr Aldag, wir haben das mehr als einmal probiert, also, wir melden das auch an und danach gehen, Sie wissen wie Haushaltsdebatten in dieser Stadt laufen, wir hatten letztes Jahr auch einen Vorschlag gemacht im Bereich Sport und Kultur zu kürzen, weil der Haushalt einfach mal so ist wie er ist, dass das alles kein Zuckerschlecken ist, weiß jeder hier im Raum. Das macht keinen Spaß. Ich hatte es neulich auch mal gesagt, es war eine Podiumsdiskussion gewesen, was würde ich machen, wenn ich höhere Gebühreneinnahmen hätte, erstens wäre es schön, wenn es tatsächlich dem GBII-Haushalt zufließen würden und die erste Antwort, die ich gegeben habe zwei bis drei Millionen für die Grünflächen und für die Bäume, danach kämen nach Priorität die Radwege erstmal, wenn ich gezwungen wäre eine Priorität zu setzen, sage ich es hier klipp und klar, hat die Grünfläche und der Welt für mich Priorität, danach kommt alles andere in meinen Geschäftsbereich. Nur mir fehlen diese zwei bis drei Millionen. Das hört sich bei 800 Millionen Gesamthaushalt wahnsinnig wenig an, aber so weit, wie ich, ich bin jetzt kein Haushaltsexperte, das überblicken kann, gehen gefühlt 92 Prozent des Gesamthaushaltes komplett weg für pflichtige Aufgaben, die uns der Bund und das Land vorgeben, da brauchen wir gar nicht drüber zu diskutieren. Die werden einmal pauschal abgezogen und dann sehen Sie ja, was am Ende des Tages übrigbleibt, diese sogenannte frei verfügbare Masse, die in dieser Stadt und de facto kaum vorhanden ist, deswegen sage ich es klar und deutlich, wenn ich irgendwie eine Chance, oder wenn Sie eine Chance sehen auch, sich innerhalb der Haushaltsberatungen unterhalb der Fraktionen, oder innerhalb der Fraktionen dann auszutauschen gerne zwei bis drei Millionen mehr. Geld hilft nicht immer, das ist schon klar, aber wir sind damit in der Lage ausgebildetes Personal einzustellen, die wir auch mal laufen lassen können. So charmant die Idee ist, das mit Bundesfreiwilligendienstlern oder mit Praktikanten zu machen, oder wie auch immer, aber da ist immer ein hoher Betreuungsaufwand mit dabei und dafür müssen wir wieder dann die ausgebildeten Fachleute abziehen. Das hilft uns dann auch nicht mehr wirklich, also, noch mal klar und deutlich und ein Statement von mir, wenn ich die Chance habe, dass wir zwei bis drei Millionen mehr kriegen, wären unsere Grünflächen im Allgemeinen, unserem Wald im Besonderen schon mal sehr viel geholfen.

Herr Raue

Herr Menke, danach Frau Dr. Burkhardt und dann nochmal Herr Krause. Das war es schon. Dann Frau Dr. Burkhardt.

Frau Dr. Burkhardt

Ja, vielen Dank, und zwar (*unverständlich*) fand ich das Projekt sehr schön, was auf der Internetplattform unserer Stadt angeboten wird „Eichenstecklinge selber ziehen und pflanzen“ und ich denke, gerade in Zeiten klammer Kassen ist es gut, wenn man Schulklassen oder auch Kindergärten, oder auch die Bürger animiert, da was beizutragen. Aber die Verwaltung hat ausgeführt, dass es keine Rückmeldung zu diesem Projekt gab. Jetzt die Frage, gibt es dann Möglichkeiten, dieses Projekt vielleicht noch populärer zu machen, besser zu bewerben? Wir sind ja auch, sage ich mal, als SPD-Fraktion in vielen Schulen auch im Rahmen des Bildungsausschusses unterwegs, dann könnte man, aber ich denke, es ist schön, wenn man einfach eine Verbindung zu dem Wald einfach dann auch aufbauen kann, die man vielleicht selbst auch gezogen hat.

Herr Raue

Herr Marx.

Herr Marx

Ja, dieses Projekt hat keinen Rücklauf erhalten, wir hatten vor ein paar Jahren mal mit den Rotariern, war das glaube ich, also, diesem Ritterorden, die wollten das auch mal machen und dann kam auch nie wieder einen Rücklauf.

Ob man mehr Öffentlichkeitsarbeit damit machen kann, kann ich jetzt von meiner Seite aus nicht bewerten. Die Idee an sich findet bei uns natürlich im Einklang, weil klar ist, dass wir die Probleme im Wald nicht retten, da brauchen wir uns keine Illusion hinzugeben. Aber gerade für die Umweltbildung, denke ich mal, das ist schon okay.

Herr Raue

Herr Krause.

Herr Krause

Nein, ich wollte nochmal das nur bekräftigen, also, ich denke schon, weil momentan an Schulen ja auch mit Quereinsteiger Notpläne und Unterrichtsversorgung gemacht werden, warum nicht beim Wald? Also, ich denke mal, mit Freiwilligendiensten etc. kann man mit Sicherheit auch Dinge bewegen, ohne dass man Forstwirt mit Abschluss haben muss.

Aber ich habe noch eine Frage an Sie, im Naturschutzbeirat hatten wir unter anderem die Diskussion zu dem Thema effiziente, sagen wir mal, Naturverjüngung, da kommen wir nämlich auf den Punkt, das ist im Grunde genommen, die Frage, die im Raum steht, ist, inwieweit eigentlich die, sagen wir mal, die genaue Kartierung aller Waldflächen, bezüglich ihrer natürlichen Standortbedingungen und das ist eine Aufgabe des Landesentrums Wald, also, eine Landesaufgabe und damals war das die Aussage, dass das Landeszentrum das noch nicht hinreichend umgesetzt hat die Digitalisierung und die Frage ist natürlich, inwieweit die Stadt hier dem Land da etwas mehr Druck macht, weil das ist ja eine Voraussetzung, um dann mit einer entsprechenden Naturverjüngung, oder standortspezifischen Aufpflanzung dann agieren zu können, oder sehe ich das falsch?

Herr Raue

Herr Marx.

Herr Marx

Ich kann jetzt nur sagen, dass ich Ihre Anregung annehme, nochmal mir vornehme. Danke.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Herr Marx. Ich nutze die Chance, Herrn Scholtyssek das Wort zu geben, vielleicht das abschließende.

Herr Scholtyssek

Ja, also, ich habe der Diskussion jetzt aufmerksam gelauscht und muss gestehen, ich bin ein bisschen ratlos. Das wird zu wenig Geld im Haushalt haben, um alle Grünflächen und speziell die Wälder zu unterhalten, gerade nach den Dürrejahre ist uns eigentlich allen klar, das wussten wir auch schon vorher, ich weiß jetzt nur nicht richtig, wie wir jetzt mit dem Antrag umgehen sollen. Also, die Verwaltung hat dagegengesprochen, habe ich ansatzweise nachvollziehen können, aber so richtig ist noch nicht klar, was würde denn passieren, wenn der Rat diesen Antrag beschließen würde, was würde das für Sie in ihrer täglichen Arbeit bedeuten, was würde das im Ablauf verändern, zum negativen, sonst würden Sie nicht dagegen sein, also, es muss ja negative Auswirkungen haben auf die Arbeit. Also, was würden Sie ohne den Antrag die nächsten Jahre tun, wo Sie jetzt gezwungen, mit dem Antrag anders zu agieren, welche Folgen hätte das?

Und bei dem Saatgut nochmal, ich sehe ja ein, dass sie bei den FFH-Flächen das gute Saatgut nehmen wollen, aber im Rest des Waldes, ich weiß nicht, also, mir wäre es lieber, da wächst überhaupt was, als dass wir kein Geld haben und dann warten, wir kaufen das teure Saatgut, da könnte man halt auch günstigere Saatgut nehmen, dann haben wir dort wenigstens einen Baumbestand, also, dass man da ein bisschen differenziert, dass man sozusagen mit den vorhandenen knappen Mitteln das meiste herausholen, wäre jetzt meint Mein Wunsch.

Aber wie gesagt, ich bin unschlüssig, wie wir jetzt mit dem Antrag umgehen sollen, ich verstehe das Anliegen, das kann ich durchaus nachvollziehen, ich verstehe auch die Bedenken der Verwaltung, aber es ist mir nicht so richtig klar, welche Folgen das hat, vielleicht können sie nochmal klar ziehen.

Herr Raue

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Herr Raue, Herr Scholtyssek, wir würden das gleich nochmal Herrn Franz auch bitten, als Pragmatiker, nochmal, falls Herr Marx jetzt auch nicht noch was beitragen will, Herr Franz vielleicht nochmal inhaltlich ausführen, ansonsten ist es wie immer neue freiwillige Aufgabe, die im Haushalt nicht abgebildet ist und wir demzufolge finanziell nicht untersetzt haben und dadurch nicht umsetzen können. Herr Franz, mal aus der pragmatischen Sicht.

Herr Raue

Herr Franz, bitte. Ich begrüße Sie alle. Inhaltlich haben wir ja gar nichts gegen die ganzen Dinge, die da vorgeschlagen werden und mit der Frau Thomann hatten wir uns ja schon mal unterhalten über Saatgutgewinnung. Das Hauptproblem, was wir haben, sind Mitarbeiter. Geld löst nicht alleine unsere Probleme und das Problem, was wir haben, sind Mitarbeiter, weil die Tätigkeiten im Wald sind fast ausschließlich manuell. Sie können nicht mit einer großen Maschine durch den Wald fahren und Pflege machen. Das ist Handarbeit und ich kann Ihnen auch hier sagen, wir haben uns sehr viel Mühe gegeben geeignete Maschinen zu finden, die sind handgeführt, um wenigstens etwas zu mechanisieren und da haben wir vor zwei Jahren die Auskunft von dem Hersteller bekommen, dass die Maschine nicht mehr produziert wird. Wir haben dann, das sage ich jetzt mal, ohne dass mich jetzt hier jemand an die Wand nagelt, alle Ersatzteile aufgekauft, die man noch kriegen könnte, damit wir in Zukunft unsere Maschine noch lange nutzen können.

So, es ist richtig Eichen zu sammeln. Wer macht es? Gut, man könnte jetzt sagen, mit Bufdis könnten wir das machen, aber es muss dann wieder einer dabei sein, der das macht und darum noch einmal der Hinweis, das Geld rettet uns nicht, weil sie haben auch ein Problem Firmen zu finden, die diese Arbeiten ausführen, weil die Firmen haben selber Probleme, das alles zu organisieren und darum, und wir können aus der Vergangenheit sagen, die Stellen, die wir alle ausgeschrieben haben für Forstwart, konnten wir alle besetzen, also, wir haben hier nicht das Problem, dass wir Fachkräftemangel haben, weil glücklicherweise das Land immer noch ordentlich ausgebildet und wir dadurch, sagen wir mal, partizipieren, dass wir die Leute bei uns einstellen können. Und dann wäre es uns auch gegeben, dass man dann sagt, man kann Freiwillige nehmen, man kann auch mit Schulen arbeiten, dass man sagt, wir haben ja im Wald einige Kindergärten, die da unterwegs sind, mit denen halten wir ja auch Kontakt und mit denen könnte man ja dann auch reden und sagen, hier, diese und jene Dinge können wir alle mitmachen. Aber das A und O bleibt eben die Mitarbeiterstärke. Und ich sage es Ihnen auch nochmal, in den vergangenen Jahren gab es Haushaltskonsolidierung, wo wir auch Opfer bringen mussten und das waren auch Mitarbeiter im Bereich Forsten und Landwirtschaft und wenn wir hier Wünsche haben, die berechtigt sind und Sie haben auch recht, dass wir gesetzlich verpflichtet sind, Dinge umzusetzen, müssen wir in die Lage versetzt werden, das auch machen zu können und wenn wir nur darüber reden, was wir machen müssen.

Und Herr Scholtyssek, da gebe ich Ihnen recht, dass Sie dann in einer Zwickmühle stehen, da kann ich Ihnen ja die Antwort geben, ich kann so viel machen, wie mit meinen Mitarbeitern möglich ist. Und dann werde ich ein bisschen Saatgut sammeln, ich werde etwas Naturverjüngung machen, wir werden Aufforstungen machen und was wir dann nicht schaffen, bleibt.

Und gerade dieses Problem mit der Schneebeere, was hier schon mit angesprochen wurde, die müssen sie ausrodern, da können Sie nicht sagen, da schneide ich hier oben ab und fahre mit dem Mäher drüber. Nein, die müssen Sie ausrodern, sonst haben Sie in den Folgejahren das Zeug immer wieder stehen und gucken Sie sich die Heide an, ich rede jetzt mal nur von der Heide, obwohl wir in der Stadt wesentlich mehr Waldflächen haben, was wir da zu tun hätten, und wie gesagt, unterstützen Sie uns mit Mitarbeitern.

Herr Raue

Herr Hänsel und danach Herr Menke.

Herr Hänsel

Ich hatte ja schon beim letzten Mal gesagt, dass ich von Forst eigentlich keine Ahnung habe, insofern stecke ich ein bisschen im Dilemma wie Herr Scholtyssek auch und höre aufmerksam der, besonders aufmerksam der Debatte zu und versuchen mir eine Meinung zu bilden aus den Argumenten. Da überzeugen mich im Moment die Argumente der Verwaltung etwas mehr, weil ich mir auch sage, die Verwaltung ist ja nicht daran gehindert, diese Maßnahmen, die hier im Antrag vorgeschlagen werden, auch mindestens teilweise umzusetzen und einen Ausschlag für meine Entscheidung wird natürlich auch die Überlegung geben, dass ich es nicht für zielführend halte, jetzt einen einzelnen singulären Weg durch Beschluss vorzugeben, der auch noch gegen die Überzeugung und Möglichkeiten der Verwaltung durchzusetzen wäre, ja, das wird meine Entscheidung am Ende dann beeinflussen.

Herr Raue

Herr Menke.

Herr Menke

Meine Frage an Sie. Sie sagten so sinngemäß, geben Sie uns mehr Mitarbeiter, aber wir haben doch schon hier im Stadtrat beschlossen, dass ein Forstamt eingerichtet werden soll. Und ein Forstamt, haben wir so beschlossen, dass es auch mit ausreichend Mitarbeitern versehen werden soll, wenn Ihnen jetzt Mitarbeiter fehlen, müssten Sie doch mal den Bedarf vielleicht auch im Rahmen des Haushaltes und des Stellenplans angeben, damit wir das beschließen können, dann können Sie einstellen.

Herr Franz

Drei Stellen stehen in dem Stellenplan drin, die sind erstmal blockiert, da muss ich jetzt noch ganz... Warum ich die denn jetzt unbedingt haben möchte.

Herr Menke

Haben Sie doch gerade schon gemacht, die Begründung. Müssen Sie ja nur noch aufschreiben.

Herr Franz

Wir habend die schon geschrieben, wir haben ja nicht geschlafen, wir haben ja auch unsere Hausaufgaben gemacht, also, wir wissen ja, woran das brennt.

Herr Menke

Ja, und wenn Sie sagen, es gibt genügend Forstwirte, die wir einstellen können.

Herr Franz

Ich plaudere jetzt nicht aus dem Nähkästchen, wenn ich sage, wenn ich aufgefordert werde alle Dinge zu tun, die ich machen soll, da steht unten immer ein Satz drunter „kein Aufwuchs“, wenn ich da reinschreibe, ich brauche zehn Mitarbeiter, kriege ich sie am Ende nicht. Ist wie bei den vielen anderen Dingen.

Auch wenn wir jetzt hier abschweifen, wir brauchen ganz dringend Spielplätze in der Stadt, kommen auch nicht auf die Liste und das hängt sicherlich damit zusammen, dass im Haushalt auch irgendwo Prioritäten gesetzt werden und die dann anders verteilt sind.

Herr Menke

Als Stadtrat haben wir jetzt die Priorität gesetzt, es soll ein Forstamt...

-Zwischenrufe-

Herr Menke

Wir brauchen ja keinen Förster ohne Mitarbeiter, welcher Förster soll sich denn bewerben, wenn er kein Forstamt hat.

Herr Franz

Das war ja auch unser Reden, dass wir sagen, wir brauchen Mitarbeiter.

Herr Menke

Wer schreibt denn „keinen Auswuchs“?

Herr Raue

Herr Menke, jetzt ist erstmal Frau Thomann dran.

Her Menke

Wiese, ich bin doch noch am Fragen.

Herr Raue

Herr Menke, das ging jetzt ein paar Mal hin und her, das darf ich auch bei anderen nicht durchgehen lassen. Sie kommen noch dran.

Herr Menke

Das Elend im Stadtrat ist ja, dass ein Diskurs kaum möglich ist, weil man immer auf Fragen beschränkt ist und wenn man dann nachfragen will, weil man aus der Antwort die nächste Frage ableitet, wird Diskurs abgebrochen und auf spätere Zeiten verschoben, wenn man wieder dran ist. Das ist ein Elend und das führt dazu, dass ein sinnvoller Diskurs gar nicht geführt werden kann.

Herr Raue

Unter dem leide ich auch Herr Menke.

Herr Menke

Das ist mir noch nicht aufgefallen, ich habe immer gedacht, Sie halten immer sehr lange Statements.

Herr Raue

Frau Thomann, bitte.

Frau Thomann

Also, die dargestellten Arbeitskräfteprobleme sind natürlich wahrscheinlich den meisten von uns bekannt und deshalb verstehe ich nicht, warum sich die Stadtverwaltung gegen die Möglichkeit einer Bestandsbegrünung durch Naturverjüngung, die einwandfrei weniger arbeitsaufwendig ist, weil, wie gesagt, hier die Natur die Hand im Spiel hat und nicht die Leute mit der Hacke durch die Reihen gehen müssen, warum sich die Stadtverwaltung gegen unseren Antrag sperrt, der ja schlicht und einfach, die weniger arbeitsaufwendige Methode vorschlägt und die sehr finanz- und arbeitsaufwendige Bestandsbegrünung durch Pflanzungen, also, vorzieht in der Bearbeitung, das verstehe ich nicht.

Unser Vorschlag ist definitiv derjenige, der die Arbeiten in der Dölauer Heide vorsieht, unter den Bedingungen einer weniger arbeitsaufwendigen und weniger pflegeaufwändigen Naturverjüngung.

Herr Raue

Frau Krimmling-Schoeffler, bitte.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, vielen Dank. Frau Thomann, ich habe das nicht so verstanden, also, ich hab das mit der Naturverjüngung von dem Herrn Marx tatsächlich nicht so verstanden, ich habe das so verstanden, dass dann die Bäume, die wir haben wollen, gar keine Chance haben. Ich weiß nicht, ob ich jetzt falsch verstanden habe, vielleicht kann das bitte nochmal jemand so formulieren.

Herr Raue

Herr Franz, können Sie was dazu sagen?

Herr Franz

Naturverjüngung, selbstverständlich passiert es auch und gerade hier bei uns in der Heide (unverständlich) nicht favorisieren und die unter heutigen Kenntnisstand nicht unbedingt zukunftsfähig sind und das betone ich unter heutigen Kenntnisstand und dort, Frau Thomann, da muss ich Ihnen dann mal widersprechen, muss man dann auch bei einer Naturverjüngung mal eingreifen, dass man diese Baumarten, die sich damit, also, auflaufen, dass man die dann herausnehmen muss und die müssen sie dann manuell roden, das geht nicht anders und da brauchen Sie Mitarbeiter und sicherlich ist es richtig, dass in dem, sage ich mal, ersten, zweiten und dritten Standjahr da nicht so ein Pflegeaufwand ist, das muss ja erstmal aufwachsen. Dann haben Sie aber einen Pflegeaufwand, weil Sie müssen dann auch die Abstände vereinzeln und Sie müssen, wie bei jeder anderen Auffassung dann auch, Sachen herausnehmen. Nein, das funktioniert nicht, dann haben Sie nur einen ganz feinen dünnen Stangenwald und das Verhältnis Stamm und Zuwachs und Platz muss irgendwo auch ein bisschen reguliert werden, sonst haben wir dann wirklich diesen reinen Naturwald, wo alles wächst, wie es die Natur lässt und dann haben wir dann die Probleme später.

Herr Raue

Frau Thomann, bitte keine Wiederholung.

Frau Thomann

Ich möchte kurz darauf antworten, natürlich ist es Ihnen unbenommen, wenn diese Naturverjüngung in dem Zustand ist, den Sie jetzt beschreiben, geschätzt nach 20 Jahren, würde ich sagen als Laien, dann dort eingreifen, indem Sie dann Bäume, die Sie nicht haben wollen, tatsächlich noch entnehmen, fällen und das Sie auch bei den vielen Bäumen, die Sie haben wollen, zu einer Wertastung greifen, dass Sie also im Prinzip längere Stämme bekommen und so weiter, dann können Sie noch eingreifen, das bleibt ja unbenommen bei jeder Naturverjüngung. Das ist meistens auf jeden Fall noch weniger, als wenn Sie im normalen gepfanzten Bestand mit 10.000 Pflanzen, wo Sie dann im laufenden Jahr 8.000 wieder totmachen müssen. Der Aufwand insgesamt. Es geht aber jetzt hauptsächlich darum, was machen wir in den nächsten drei Jahren, also, unser Antrag bezieht sich ja wirklich und tatsächlich auf drei Jahre und da geht es darum, wir wollen so viel wie möglich die Bestandsbegrünung auf den jetzigen Kahlfächen machen, mit Naturverjüngung, weil die weniger arbeits- und weniger finanzintensiv ist und wir damit schlicht und einfach mehr erreichen können.

Herr Franz

Dann kann ich antworten, dass unter den jetzigen Bedingungen, ich kann hier mal schon am Rande mitteilen, dass ich Kontakt mit einem Interessenten hatte, der sich auch, denke ich mal, dass wir vielleicht, wenn wir viel Glück haben, auch zeitnah auf jemanden haben und mit dem können wir dann die Dinge angehen. Also, Sie sehen, wir arbeiten auch hinter den Kulissen an einer positiven Entwicklung.

Herr Raue

Jetzt haben Sie der Frau Thomann ein Geheimnis verraten. Da brauchen wir den Antrag gar nicht mehr, Frau Thomas. Alles klar. Herr Scholtyssek, bitte sehr. Frau Jacobi, bevor es Tränen gibt.

Herr Jacobi

Ich wollte nochmal nachfragen, wir sind ja im Fachausschuss und wenn ich jetzt hier so viele Expertise da sitzen habe. Die Schneebeere, warum ist die so problematisch eigentlich, weil am Ende ist es doch auch ein neuer Wohnraum für Kleintiere und Futtermittel für Tiere. Und wenn ich hier lese, dass der Tee aus der Rinde auch hilft bei Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, ist das doch für uns jetzt auch nicht schlecht.

Herr Franz

Es hängt damit zusammen, die Schneebeere wuchert dermaßen, dass sie sich einmal über die Wurzel verbreitet und über Samen verbreitet und die schließt eine Fläche und da wächst nichts mehr drin auf, da steht nur noch Schneebeere. Das einzig Gute, was Sie der Schneebeere abgewinnen können, für Insekten, besonders die Bienen freuen sich darüber. Und dann würden wir auch, also, ich pflege auch einen sehr intensiven Kontakt zu den Imkern in Halle, dass wir denen das auch anbieten. In der Stadt, wo ich vorher gearbeitet habe, da waren die Imker so intensiv, da brauchte ich nur anrufen, wir roden Schneebeere, da kamen die und haben das abgeholt, weil die blüht sehr lange, die sind zwar klein die Blüten, aber es ist über einen langen Zeitraum. Aber im Wald ist es wirklich so, man sagt zwar das Wort Unkraut nicht mehr, aber hier wäre es angebracht, weil Sie haben nichts Anderes mehr, als Schneebeere dastehen. Bei Brombeere wächst eine Fläche, untendrunter ist alles verschattet, da ist auch nichts mehr grün und Sie haben oben noch die Blätter, die Bären, die sicherlich die Wildtiere alle gerne verspeisen und die Menschen auch, aber wir haben dann nichts für die Waldfläche und Sie werden das Zeug auch nicht wieder los. Sie müssen das ausrodern.

Her Raue

Vielen Dank, Herr Franz. Jetzt hat Herr Scholtyssek nochmal das Wort.

Herr Scholtyssek

Ja, Danke, ich fasse die Diskussion jetzt für mich mal wie folgt zusammen: Sie haben erklärt, dass sie eigentlich das, was hier drinsteht, schon tun, sie wollen sich nicht auf eine Sache fokussieren, sondern Sie wollen gerne mehrere Sachen parallel machen, was ich als Laie vernünftig finde. Insofern ist der Antrag ja eigentlich ja fast erledigt und der zweite Punkt ist, Sie zielen ja mit dem Antrag im Prinzip darauf ab, den bestehenden Forsteinrichtungsplan, für die nächsten drei Jahre außer Kraft zu setzen, so, und da haben wir gehört, dass haben Fachleute erarbeitet, das hat über 40.000 Euro gekostet und da maße ich mir jetzt nicht an, dort einzugreifen und jetzt zu beschließen, dass es jetzt doch anders gemacht werden muss, also, da würde ich dann schon den Fachleuten vertrauen. Insofern sehe ich jetzt keinen Grund, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Raue

So, vielen Dank, Herr Scholtyssek. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung und dann frage ich als Erstes die sachkundigen Einwohner. Wer stimmt dem Antrag zu? Eins. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Okay, bei zwei Enthaltungen, einer Stimme dafür, einer Gegenstimme.

-Zwischenrufe-

Herr Raue

Okay, dann ist das mehrheitlich abgelehnt. Und die Stadträte, wer stimmt zu? Zwei. Gegenstimmen? Fünf. Stimmenthaltungen? Eins, zwei, drei, vier. Okay, dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

-Wortprotokoll Ende-

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in den kommenden drei Jahren bei der notwendigen Waldverjüngung in den städtischen Wäldern mit den vorhandenen Finanzmitteln vorrangig Projekte der Naturverjüngung entsprechend der Forsteinrichtung 2020 – 2029 auf geeigneten nährstoffarmen Flächen mit wildsicherer Umzäunung durchzuführen.
2. Darüber hinaus sind in den kommenden drei Jahren mehrere Pilotprojekte mit Saatverfahren auf geeigneten Flächen in den städtischen Wäldern zu realisieren. Auf diesen Flächen können alternative Methoden gegen Wildverbiss eingesetzt werden. Zu prüfen ist die Beschaffung von Geräten/Maschinen für die Sammlung von Saatgut in den städtischen Wäldern und für das Säen. Zu prüfen ist außerdem in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, wie die Bevölkerung in die Sammlung von geeignetem Saatgut in den Stadtwäldern einbezogen werden kann.
3. Über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen ist jährlich im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zu berichten.

**zu 6.2 Antrag der CDU-Fraktion & der Fraktion Hauptsache Halle zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2023/05353**

Herr Scholtyssek brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Jacobi sagte, dass der Antrag ihrer Meinung nach nur aufgrund des wieder anstehenden Wahlkampfes eingebracht wurde. Zudem führte sie an, dass der Antrag nicht fachmännisch und zum Teil unzulässig ist. Der Antrag wiederholt nur das, was bereits Auftrag und Tätigkeit der Stadtverwaltung ist. Weiterhin sollten die Punkte 4 bis 6 heute gar nicht mehr zur Abstimmung gestellt werden, da diese bereits im Jugendhilfeausschuss abgelehnt wurden. Sie stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Antrags.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Erledigung:

Abstimmungsergebnis GO-Antrag:

mehrheitlich abgelehnt

Frau Dr. Burkert erinnerte an die Sondersitzung des Bildungs- und Jugendhilfeausschusses und sagte, dass es hier noch Potenziale in der Verbesserung der Aktivitäten gibt. Zudem sagte sie, dass sich das Haus des Jugendrechts bereits in anderen Städten bewährt gemacht hat.

Herr Raue sagte, dass das Thema des Antrags wichtig ist, er allerdings die Bedenken äußerte, ob man dieser Situation Herr werden kann. Die sicherheitspolitischen Maßnahmen, die in der Stadt ergriffen werden können, sind seiner Meinung nach nicht ausreichend. Seiner Meinung nach handelt es sich hier nur um einen Schaufensterantrag. Weiterhin sagte, er, dass in den letzten Jahren viele Menschen nach Deutschland eingewandert sind, die eine besondere Gewaltbereitschaft aufweisen. Durch die räumliche Nähe entstehen hier seiner Meinung nach auch Synergien zu den deutschen Jugendlichen. Handlungsbedarf ist hier dringend geboten und daher sollte beispielsweise auch die Strafmündigkeit bei Jugendlichen herabgesetzt werden. Der Antrag bringt hier keine Entlastung, daher wird er diesem nicht zustimmen.

Herr Menke sagte, dass sich seine Fraktion dem Antrag als Mit Antragsteller mit angeschlossen hat. Er warb um Zustimmung und wies die Aussagen von Frau Jacobi zurück.

Herr Hänsel sagte, dass auch seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Zum zweiten Beschlusspunkt regte er eine Evaluation nach zwei Jahren an. Im Punkt drei wird er der Begründung der Verwaltung folgen und zum Punkt 8 sagte er, dass er hier die Berichterstattung im Stadtrat am sinnvollsten gefunden hätte.

Herr Aldag beantrage eine Einzelpunkt abstimmung, da auch seine Fraktion einzelne Punkte für zustimmungsfähig ansieht.

Frau Krischok sagte, dass Kinder und Jugendliche eine besondere Priorität haben. Für sie persönlich hat daher die Jugendkriminalität nicht oberste Priorität. Ihrer Meinung nach sollten gute Schulen/ Schulbildung und Ausgestaltung der Freizeitmöglichkeiten an erste Stelle gesetzt werden, da darüber besonders soziale Kompetenzen ausgebildet werden können. Zum Punkt drei sagte sie, dass es ihrer Meinung nach keine anderen Anlaufstellen bedarf. Sie verwies dabei auf die Opferberatungsstellen. Ihre Fraktion wird lediglich dem Punkt acht zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Einzelpunkt abstimmung des Antrags.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Punkt 1)

Abstimmungsergebnis SKE:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 2)

Abstimmungsergebnis SKE:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

mehrheitlich zugestimmt

Punkt 3)

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 4)

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Punkt 5)

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Punkt 6)

Abstimmungsergebnis SKE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 7)

Abstimmungsergebnis SKE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 8)

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

- 1) Der Eindämmung der Jugendgewalt höchste Priorität einzuräumen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv zur schnellstmöglichen Problemlösung einzusetzen.
- 2) Sich beim Land für die Einrichtung einer Stelle einzusetzen, bei der Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe, der Fachbereich Sicherheit und gesellschaftliche Akteure aus dem Bereich der Prävention und Opferbetreuung koordinierter zusammenarbeiten. Ebenso sollen dabei Jugendstrafrichter:innen unter Wahrung ihrer Neutralität bestmöglich eingebunden werden. Die Einrichtung einer solchen Koordinierungs- und Kooperationsstelle erfolgt dabei nicht zwangsläufig durch eine räumliche Zusammenlegung der einzelnen Organisationseinheiten. Vielmehr soll durch verbindliche Verfahrensabsprachen zur Koordination und Zusammenarbeit der Beteiligten eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden, beispielsweise durch die Entwicklung gemeinsamer Arbeitsabläufe und der Etablierung digitaler Prozesse.
- 3) In Zusammenarbeit des Fachbereichs Sicherheit mit der Polizei den öffentlichen Raum vermehrt zu bestreifen (insbesondere betroffene Schulwege). **Darüber hinaus wird geprüft, inwieweit in den Schwerpunktstadtteilen der Fachbereich Sicherheit stationär präsen- ter sein kann.**

- 4) Die verfügbaren Mittel für die Jugendhilfe und die Prävention zielgerichteter in Projekte gegen Jugendkriminalität einzusetzen. Die Förderungsvergabe orientiert sich dabei an bewährten Best-Practice-Beispielen.
- 5) Es wird geprüft, ob und inwieweit Vereine und Projekte, die aus freien Mitteln gefördert werden, erhöhte Förderungen erhalten können, wenn deren konzeptionelle Ausrichtung zusätzlich auch auf die Bekämpfung von Jugendkriminalität gerichtet ist.
- 6) Bei der Planung der Schul- und Kita-Sozialarbeit Schwerpunkte zu setzen und Einrichtungen zu unterstützen, in denen sich Fälle von Jugendkriminalität häufen.
- 7) Eine zentrale Anlaufstelle für zum Opfer gewordene Jugendliche und deren Eltern bei einer geeigneten Stelle der Verwaltung einzurichten, die passende Hilfs- und Unterstützungsangebote vermittelt.
- 8) Den Jugendhilfeausschuss und die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent darüber zu informieren, welche Maßnahmen unternommen werden, um die Jugendkriminalität in Halle (Saale) einzudämmen.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Ergebnisse der Lärmkartierung 2022 für den Ballungsraum Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2023/05599**

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 **Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2023/05620**

Herr Aldag bezog sich auf die Fällung unter 1523 in der Wolfensteinstraße und fragte, ob die Fällung bereits erfolgt ist und wenn nicht, ob ein starker Kronenrückschnitt möglich wäre, um diesen Baum zu erhalten.

Herr Franz antwortete, dass die Fällung noch nicht erfolgt ist. Die Bäume entlang dieser Straße weisen Folgeschäden (Weißfäule) aufgrund von Schachtarbeiten vor 10/11 Jahren auf. Daher ist ein Kronenrückschnitt nicht möglich.

Herr Aldag sagte, dass der Baum aktuell wieder austreibt und regte an, solche Fällungen aufgrund der öffentlichen Diskussion anders zu regeln.

Herr Franz verwies hierbei auf die Prioritätensetzung Im Herbst und auf die Verkehrssicherungspflicht.

Herr Aldag bezog sich auf die Nummer 1528 und fragte, was auf der Fläche entstehen soll, auf der die Bäume gefällt werden sollen.

Herr Hirtz antwortete, dass auf diesem Grundstück eine neue Seniorenresidenz errichtet wird.

Herr Adlag berichtete, dass eine Bürgerin die Mitteilung erhalten hat, dass in der Schleiermacherstraße in einem Hinterhof eine Kastanie gefällt wurde, obwohl diese neu ausgetrieben ist.

Herr Schröter antwortete, dass sich die Bürgerin bereits an ihn gewandt hat. Laut Gutachten ist die Fällung rechtmäßig. Die Bürgerin wurde zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. Derzeit findet dazu eine Terminabstimmung statt.

Herr Krause bat um weitere Aussagen zur Prüfung der Fällung innerhalb der Verwaltung.

Herr Rebenstorf informierte, dass eine Überprüfung, ob eine Baum für eine Baumaßnahme gefällt werden muss, nicht Gegenstand im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ist. Zudem gab er zu bedenken, dass er als Beigeordneter lediglich die Dienstaufsicht, nicht die Fachaufsicht, über die Unteren Behörden hat. Derzeit finden interne Abstimmungen über neue Strategien zu solchen Baumfällungen statt.

Herr Krause fragte, inwieweit die digitale Bauakte helfen würde.

Herr Rebenstorf antwortete, dass im Rahmen des Bauantragsverfahrens eine Beteiligung stattfindet.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Weihnachtsmarkt Vorlage: VII/2023/05564

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Projekt Trinkbrunnen für (H)alle Vorlage: VII/2023/05579

Frau Dr. Burkert fragte, bis wann die Standorte für die Trinkbrunnen gemeldet werden müssen und ob es nochmal eine Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung gibt. Des Weiteren bezog sie sich auf die Antwort der Verwaltung zur Frage zwei und bat die Trinkwasserleitungen nochmals zu prüfen, um weitere Standorte im halleschen Osten für mögliche Trinkbrunnen zu wählen.

Herr Zwick antwortete, dass bei dem angewandten Verfahren eine Matrix genutzt wurde. Im Vorfeld wurden alle Wünsche über mögliche Standorte mitberücksichtigt. Für die freiwillige Phase der bereitstehenden Fördergelder ist die Stadtverwaltung bereits in der Ausschreibung der Leistungen. Dazu ist es relevant jeden Standort zu beurteilen, weil der, der das Angebot abgibt, muss genau wissen, wie hoch die finanziellen Aufwendungen sind. Aufgrund der Matrix können jederzeit Standorte geprüft werden. Bei einer Bürgerbeteiligung spielen allerdings sehr viele Partikularinteressen mit hinein. Es ist davon auszugehen, dass bei einer Bürgerbeteiligung die vulnerablen Gruppen nicht miterfasst werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Frau Jacobi zum TOP 7.1

Frau Jacobi bezog sich auf die verkehrspolitischen Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan und die aktuelle Lärmkartierung. Sie fragte, wie sich die Lärmstatistik in den letzten Jahren entwickelt hat, wie viele Haushalte in den letzten zwei Jahren von Verkehrslärm betroffen waren, der ggf. gesundheitsgefährdend ist. Weiterhin fragte sie, welche Effekte die wenigen umgesetzten Maßnahmen des Lärmaktionsplans in der Lärmkartierung haben und ob die ausstehenden Maßnahmen des Lärmaktionsplans geprüft und umgesetzt werden.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Frau Dr. Wünscher zur Möblierung des Marktplatzes

Frau Dr. Wünscher bezog sich auf ihre Anfrage im Stadtrat zur Möblierung des Marktplatzes und fragte, nach welchen Kriterien der Standort des „Verliebt in Halle“-Herzens gewählt wird. Sie regte eine Verfahrensweise wie bei Kunst im öffentlichen Raum an, bei der die Gremien mit einbezogen werden.

Herr Teschner merkte an, dass auch das „Verliebt in Halle“-Herz ein temporäres Kunstwerk ist und dies daher in der Zuständigkeit des Marktwesens liegt. Eine Einbeziehung der Gremien hält er nicht für praktikabel, da auf dem Marktplatz eine gewisse Flexibilität vorhanden sein muss.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass der Marktplatz der wichtigste Platz der Stadt ist und dass der „Fotospot“ den Eindruck erweckt, dass es sich nicht nur um ein temporäres Kunstwerk handelt, da es bereits seit über einem Jahr auf dem Marktplatz steht. Des Weiteren fragte sie, ob der derzeitige Standort des Herzens, vor dem Händel-Denkmal, mit der Stiftung Händelhaus abgesprochen worden ist.

Herr Teschner sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.5 Frau Krimmling-Schoeffler zu E-Scooter-Abstellplätze

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob es möglich ist, die Fahrradabstellplätze farblich zu markieren, sodass diese auch für andere sichtbar ist. Des Weiteren fragte sie, ob es Bemühungen gibt, dass Rollerabstellmöglichkeiten installiert werden, da die Roller mitunter an den Abstellplätzen liegen.

Herr Teschner sagte, dass die Sondernutzungserlaubnis Ende Juni 2023 endet und in der darauffolgenden Ausschreibung die Markierungen beinhaltet sind. Derzeit sind keine Rollerabstellmöglichkeiten geplant.

zu 8.6 Frau Krimmling-Schoeffler zur Stellenausschreibung des Försters

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass im Zuge der vergangenen Haushaltberatungen eine Personalstelle Förster, mit der Eingruppierung E 11, beschlossen wurde und fragte, weshalb die derzeitige Stellenausschreibung mit einer Eingruppierung E 10 erfolgt ist.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.7 Frau Jacobi zur Einwohnerfrage

Frau Jacobi bezog sich auf die Einwohnerfragestunde und wies darauf hin, dass die erste Frage der Fragestellerin zu den Steinhügeln nicht beantwortet wurde.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Jacobi zum Bolzplatz Dautzsch

Frau Jacobi bezog sich auf die Räumung des Bolzplatzes auf dem Dautzsch und sagte, dass dies ohne die Absprache mit den Anwohnern erfolgt ist. Sie fragte, weshalb vor dem Abbau der Fußballtore nicht mit den Anwohnern gesprochen wurde und was die Stadtverwaltung jetzt unternimmt, um zeitnah für eine Wiederherstellung des wohnortnahen Bolzplatzes zu sorgen. Des Weiteren fragte sie, ob es möglich wäre, einen Teil der ausgewiesenen Blühwiese für die Nutzung, als Bolzplatz freizugeben.

Herr Franz antwortete, dass die Stadtverwaltung keinen Bolzplatz beräumt hat. Es wurden lediglich zwei Tore entfernt, die auf einer Blühfläche standen. Vor der Aufstellung der Fußballtore gab es keine Absprache mit der Stadtverwaltung. Die Tore wurden eingelagert. Die Besitzer der Tore haben sich bei der Stadtverwaltung bereits gemeldet. Nach dem 23. Mai wird es einen Vorort-Termin geben, um eine Lösung für eine Spielfläche zu finden. Einen klassischen Bolzplatz wird es nicht geben, da dieser strengen Regelungen im Wohngebiet unterliegt.

zu 8.9 Frau Thomann zur Baumschutzsatzung

Frau Thomann fragte, ob die Beschlussvorlage mit der überarbeiteten Baumschutzsatzung im kommenden Ausschuss beraten wird.

Herr Hirtz antwortete, dass eine Einbringung der Beschlussvorlage erst nach der Sommerpause 2023 erfolgen wird.

zu 8.10 Frau Thomann zur Stellenausschreibung des Försters

Frau Thomann bezog sich auf die Stellenausschreibung Förster*in und sagte, dass über das eigentliche Arbeitsfeld und die daraus resultierenden Anforderungen an die Personalstelle nichts in der Stellenausschreibung vermerkt ist.

Darüber hinaus ist die Ausschreibungszeit von knapp zwei Wochen ihrer Meinung nach viel zu wenig. Sie fragte, ob unter diesen Bedingungen qualifizierte Bewerbungen zu erwarten sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Personalstelle als attraktiv eingeschätzt wird. Erneute Ausschreibungen sind jederzeit möglich.

zu 8.11 Herr Lothholz zur Geiststraße

Herr Lothholz bezog sich auf das Fahrradüberholverbotsschild in der Geiststraße und berichtete, dass dieses kaum beachtet wird. Er fragte, ob die Stadtverwaltung darauf hinwirken kann, dass dort regelmäßige Polizeikontrollen erfolgen. Des Weiteren fragte er, ob die Stadtverwaltung auch andere Standorte für dieses Fahrradüberholverbotsschild prüft.

Herr Teschner sicherte eine Weitergabe des Hinweises an die Polizei zu. Weitere Standorte werden derzeit nicht geprüft. Zuerst muss hier die Notwendigkeit zur Installation eines solchen Schildes begründet sein. Die Geiststraße stellt hier eine besondere Örtlichkeit dar und rechtfertigt die Notwendigkeit zur Installation des Schildes.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Jacobi zum Steinweg

Frau Jacobi regt an, das Fahrradüberholverbotsschild im Steinweg zu installieren, da hier dieselbe Problematik wie in der Geiststraße besteht.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Herr Aldag zum klimapolitischen Leitbild

Herr Aldag regte an, dass auf der halleschen Internetseite die aktuelle Version des klimapolitischen Leitbildes als Download hinterlegt wird.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Raue** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin